

## **AKTIV**

Von foodwatch:

**Fordern Sie einen Grenzwert für Uran im Wasser! Mineral- und Trinkwasser kann mit dem giftigen Schwermetall Uran belastet sein. Bisher gibt es weder Grenzwerte noch eine Kennzeichnungspflicht.** Fordern Sie die Bundesminister Horst Seehofer und Ulla Schmidt jetzt online auf, Höchstwerte festzulegen!

Das giftige Schwermetall Uran greift vor allem Niere, Leber und Knochen an. foodwatch fordert Bundesverbraucherminister Horst Seehofer und Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt auf: Legen Sie Grenzwerte für Uran in Mineral- und Trinkwasser fest, verpflichten Sie die Mineralwasserabfüller und Trinkwasserversorger, über den Urangehalt zu informieren! Diese Forderungen von foodwatch kann jeder Bürger unterstützen: Füllen Sie einfach das unten stehende Formular aus und schreiben Sie direkt an Horst Seehofer und Ulla Schmidt!

[http://www.foodwatch.de/kampagnen\\_themen/mineralwasser/mitmach\\_aktion/index\\_ger.html](http://www.foodwatch.de/kampagnen_themen/mineralwasser/mitmach_aktion/index_ger.html)

=====

## **CHEMIKALIEN – DUFTSTOFFE**

Vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) 05.08.2008

### **Allergien durch Einatmen von Duftstoffen?**

**Verbraucher sollten besser über den Einsatz von Duftstoffen in öffentlichen Räumen informiert werden**

Duftstoffe werden in vielen Produkten eingesetzt, mit denen Verbraucher in Kontakt kommen, darunter kosmetische Mittel, Wasch- und Reinigungsmittel. Einige Duftstoffe können zu Allergien führen, wenn sie mit der Haut in Kontakt kommen. Ob Duftstoffe auch allergische Reaktionen auslösen können, wenn sie über die Atemwege aufgenommen werden, diskutierten Experten am Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) in Berlin. Ein Ergebnis des Gesprächs: Es sind keine Fälle bekannt, in denen das Einatmen bekanntermaßen problematischer Duftstoffe die Ursache für allergische Reaktionen war. Jedoch können diese Stoffe bei einer bereits bestehenden Allergie der Haut die Symptome verstärken, wenn sie über die Atemluft aufgenommen werden. „Verbraucher sollten deswegen besser informiert werden, in welchen Produkten und in welchen Räumen Duftstoffe eingesetzt werden“, sagt Professor Dr. Dr. Andreas Hensel, Präsident des BfR.

Im Bad duftet es nach Pfirsichblüten, in der U-Bahn-Station nach Croissants und im Kaufhaus nach frisch gewaschener Wäsche. Was viele nicht wissen: die Düfte sind nicht echt, sondern es werden synthetische Duftstoffe eingesetzt, um unangenehme Gerüche zu überlagern oder den Appetit zu wecken. Duftstoffe werden zunehmend nicht nur in Privathaushalten eingesetzt sondern auch in öffentlichen Räumen. Welche Wirkung sie auf die Atemwege haben, diskutierten Experten nationaler und internationaler Forschungseinrichtungen am BfR. Das Expertengespräch am BfR fand im Rahmen des Nationalen Aktionsplans gegen Allergien des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) statt.

Dass einige Duftstoffe allergische Reaktionen der Haut auslösen können (so genannte Kontaktallergien), ist bekannt. Bei kosmetischen Mitteln müssen sie deswegen auf Verpackungen angegeben werden, wenn sie bestimmte Konzentrationen im Produkt überschreiten. Den Teilnehmern des Expertengesprächs waren jedoch keine Fälle bekannt, in denen Duftstoffe die Ursache für allergische Reaktionen gewesen sind, wenn sie über die Atemwege aufgenommen wurden.

Möglicherweise besteht aber für Menschen, die bereits eine Kontaktallergie auf bestimmte Duftstoffe entwickelt haben, ein erhöhtes Risiko, dass diese Stoffe allergische Symptome der Haut verstärken oder Reizungen der Atemwege hervorrufen, wenn sie eingeatmet werden.

Aus diesem Grund sollten Verbraucher darüber informiert werden, wenn Duftstoffe in öffentlichen Räumen, etwa über die Klimaanlage, eingesetzt werden. Hersteller solcher „Duftmarketing“-Verfahren sollten außerdem auf Duftstoffe verzichten, die bekanntermaßen Allergien auslösen können. Darüber hinaus sollten die Inhaltsstoffe von Sprays verstärkt auf mögliche Reaktionen der Atemwege getestet werden.

Dokumente

-Aktionsplan gegen Allergien: Hoher Forschungsbedarf zur allergieauslösenden Wirkung von eingeatmeten Duftstoffen (Protokoll eines Sachverständigengesprächs im BfR vom 26.05.2008) (PDF-Datei, 43.4 KB)

Anmerkung Scherrmann:

Das Problem "Duftstoffe" wird mal wieder auf die allergenisierende Wirkung verküert und diese Meinung "hochoffiziell" zementiert. Der Appell, über den Einsatz zu informieren ist wichtig. Doch angesichts der schon vorhandenen Erkenntnisse bzgl. der Wirkungen, ist dies meines Erachtens viel zu wenig. Die ExpertInnen sollten endlich diese Erkenntnisse wahrnehmen und ueber die Wirkungen einzelner Substanzen im Bereich Nerven, Lunge, Herz-Kreislauf, Nieren, Leber, etc. aufklaeren und vor dem Gebrauch von Duftstoffen warnen.

Wenn das Informieren schon so schwer durchzusetzen ist und wenn ich die Entwicklung beim Rauchverbot anschau, frage ich mich, wie viel Jahrzehnte noch vergehen werden, bis ein Verbot (wie in immer mehr Staedten in Nordamerika) durchzusetzen ist.

=====

## **CHEMIKALIEN - FLAMMSCHUTZMITTEL**

Vom Umweltbundesamt (UBA):

### **Flammschutzmittel DecaBDE ab 1. Juli 2008 in Elektro- und Elektronikgeräten verboten Umweltbundesamt plädiert für Ersatz auch in Textilien**

Elektro- und Elektronikgeräte, die in Europa auf den Markt kommen, dürfen ab dem 1. Juli 2008 nicht mehr das Flammschutzmittel Decabromdiphenylether (DecaBDE) enthalten. Dies gilt unabhängig vom Herstellungsort der Geräte und für alle enthaltenen Bauteile. Der Präsident des Umweltbundesamtes (UBA), Prof. Dr. Andreas Troge sagte: „Damit ist das besonders problematische DecaBDE endlich aus neuen Elektro- und Elektronikgeräten verbannt. Auch die Textilindustrie sollte für den Flammschutz bei Vorhängen, Rollos oder Möbelbezugsstoffen auf DecaBDE verzichten. Umweltschonendere Alternativen stehen bereit.“ Das können etwa Textilfasern mit fest eingesponnenen Flammschutzmitteln auf Phosphorbasis sowie Gewebe aus schwer entflammaren Kunststoffen - wie Polyaramiden - oder aus Glasfasern sein. Oft lässt sich die Entflammbarkeit der Textilien und Möbel auch mit einer anderen Webtechnik oder einem dichteren Polsterschaum stark herabsetzen. In diesen Fällen wären überhaupt keine Flammschutzmittel mehr notwendig.

DecaBDE ist in der Umwelt schwer abbaubar und kann sich in Lebewesen anreichern. Daher ist es sowohl in der Polarregion, bei Füchsen, Greifvögeln und Eisbären sowie anderen Tieren nachweisbar, die am Ende der Nahrungskette stehen. Auch in der Frauenmilch ließ sich DecaBDE nachweisen. Der Stoff wirkt zwar nicht sofort giftig, es besteht aber der Verdacht auf langfristig schädliche Wirkungen für die Embryonalentwicklung (Entwicklungsneurotoxizität) und auf den langsamen Abbau zu den stärker toxischen, bereits in allen Anwendungen verbotenen Verbindungen Penta- und Octabromdiphenylether (PentaBDE, OctaBDE). Die Eigenschaften hält das UBA insgesamt für so problematisch, dass es DecaBDE als persistenten, bioakkumulierenden und toxischen Stoff – sogenannten PBT-Stoff – bewertet und sich schon lange für ein Verwendungsverbot in Elektro- und Elektronikgeräten einsetzt. Als umweltverträglichere Alternativen für DecaBDE sind vor allem bestimmte halogenfreie, phosphororganische oder stickstoffhaltige Flammschutzmittel sowie Magnesiumhydroxid geeignet. Viele Hersteller elektrischer und elektronischer Geräte verzichten daher bereits heute vollständig auf den Einsatz bromierter Flammschutzmittel zugunsten dieser Alternativen. „Bei problematischen Chemikalienanwendungen, für die weniger schädliche Ersatzstoffe vorhanden sind, sollten die Hersteller schnell auf die Alternativen setzen“, sagte UBA-Präsident Troge. „Sonst kostet es viel zu viel Zeit und Geld, bis man letzte Gewissheit für die Schädlichkeit eines Stoffes hat und schließlich handelt“. Im Fall des DecaBDE bedeutet dies: Der Stoff ist auch beim Flammschutz in Textilien so schnell wie möglich zu ersetzen. Bisläng gibt es in Deutschland Brandschutzanforderungen an Textilien nur für Gebäude mit öffentlicher Nutzung. Da flammgeschützte Textilien großflächig in Innenräumen zum Einsatz kommen können und das Waschen – etwa eines flammgeschützten Vorhangs - nicht auszuschließen ist, sind gerade in Textilien umweltschädliche Stoffe zu vermeiden. So werden Belastungen der Innenraumluft sowie des Abwassers und des Klärschlammes - und in Folge der Gewässer oder Böden - von vornherein verhindert.

Die Europäische Union wollte bereits vor zwei Jahren die Anwendung des DecaBDE als Flammschutzmittel für elektrische und elektronische Geräte verbieten. Dies sah die Richtlinie 2002/95/EG zur „Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe in Elektro- und Elektronikgeräten“ (so genannte RoHS-Richtlinie) vor. Bevor das Anwendungsverbot für DecaBDE in elektrischen und elektronischen Geräten überhaupt in Kraft trat, hob die Europäische Kommission es

im Herbst 2005 wieder auf. Dagegen wandten sich EU-Parlament und Dänemark. Beiden gab der Europäische Gerichtshof (EuGH) nun endgültig Recht. Laut EuGH darf ein Anwendungsverbot für Stoffe in elektrischen und elektronischen Geräte unter der RoHS-Richtlinie nur aufgehoben werden, falls keine technisch geeigneten Alternativen vorlägen oder diese noch schädlichere Wirkungen auf Umwelt- und Gesundheit hätten als der Stoff, dessen Anwendung verboten werde. Da es Alternativen gibt, tritt das Anwendungsverbot für DecaBDE in neuen elektrischen und elektronischen Geräten nun zum 1. Juli 2008 wieder in Kraft.

Weitere Informationen zu Decabromdiphenylether in Elektro- und Elektronikgeräten unter <http://www.umweltbundesamt.de/produkte/flammschutzmittel/decabromdiphenylether.htm> .  
Das Hintergrundpapier „Bromierte Flammschutzmittel - Schutzengel mit schlechten Eigenschaften?“ gibt es unter <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/flammschutzmittel.pdf>

Anmerkung Scherrmann:  
Endlich mal wieder ein Verbot einer Chemikalie. Wie schwierig es ist, so ein Verbot durchzusetzen, obwohl die schädlichen Wirkungen dieser Chemikalie schon lange bekannt sind, zeigt diese Pressemitteilung.

=====

## CHEMIKALIEN - GLYKOLAETHER

10.08.08

### **Bunt und ungesund - Farben-Lösemittel Glykoläther beeinträchtigt die Spermien**

Baierbrunn (ots) - Glykoläther, der als Lösemittel vielen Farben beigemischt ist, kann die Bewegungsfähigkeit von Spermien verringern, berichtet die "Apotheken Umschau". Bei einer Untersuchung von 2128 Männern stellte der Androloge Andy Povey von der Universität Manchester (England) fest, dass Männer, die regelmäßig mit Glykoläther zu tun hatten - wie Maler und Dekorateur -, ein 2,5-fach erhöhtes Risiko für bewegungseingeschränkte Spermien aufwiesen.

Originaltext: Wort und Bild - Apotheken Umschau  
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/52678>  
Pressemappe via RSS : [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_52678.rss2](http://www.presseportal.de/rss/pm_52678.rss2)  
[www.gesundheitpro.de](http://www.gesundheitpro.de) [www.wortundbildverlag.de](http://www.wortundbildverlag.de)

Anmerkung Scherrmann:  
Die Spermienbeeinträchtigung von vielen Substanzen ist heute bekannt. Mich wundert, dass obwohl diese Erkenntnisse den meist männlichen Entscheidungsträgern vorliegen, nicht strengere Grenzwerte vorgenommen werden. Sie meinen wohl, die Reproduktionsmedizin wird's schon in den Griff bekommen. Ob dies nicht ein Trugschluss ist?

=====

## CHEMIKALIEN – PESTIZIDE – EU

Von Greenpeace 28.08.08:

### **EU-Grenzwerte für Pestizide: Gesundheitsrisiko für Verbraucher / Aktuelle Greenpeace-Studie zeigt, dass besonders Kinder gefährdet sind**

Hamburg/Brüssel (ots) - Durch die europäische Vereinheitlichung von Pestizid-Höchstmengen ab dem 1. September, kann stärker belastetes Obst und Gemüse auf den deutschen Markt gelangen. Nach einer heute veröffentlichten Studie von Greenpeace und der österreichischen Umweltorganisation GLOBAL 2000 sind fast 700 der zukünftig EU-weit geltenden Höchstmengen für Pestizide in Obst und Gemüse zu hoch. Vor allem die bei Äpfeln, Birnen, Trauben, Tomaten und Paprika zugelassenen Pestizid-Belastungen sind oftmals so hoch, dass akute und chronischen Gesundheitsschäden drohen, insbesondere bei Kindern.

"Die EU-Kommission mutet uns immer mehr Gift im Essen zu", sagt Ulrike Kallee, Chemie-Expertin von Greenpeace. "Damit gefährdet sie die Gesundheit ihrer Bürgerinnen und Bürger, vor allem aber

der Kinder. Verbraucherminister Horst Seehofer (CSU) muss sich sofort dafür einsetzen, dass die EU-Kommission ihre unsicheren Pestizid-Höchstmengen korrigiert." Durch die Angleichung der Pestizid-Höchstmengen in der EU, werden die deutschen Grenzwerte durch meist weit höhere EU-Grenzwerte ersetzt.

Für die Studie wurden die 170 000 von der Kommission festgelegten Pestizid-Grenzwerte nach EU-eigenen Maßstäben überprüft. Bei 570 Grenzwerten von Obst und Gemüse wird die Akute Referenzdosis (ARfD) für Kinder überschritten. Besonders betroffen sind Äpfeln, Birnen und Trauben: Fast 10 Prozent der Grenzwerte für diese Sorten sind potentiell gesundheitsschädigend für Kinder. Auch langfristige Schäden sind möglich: Bei 94 EU-Grenzwerten wird die Akzeptable Tägliche Aufnahmemenge (ADI) nicht eingehalten. Beim Überschreiten der ADI sind chronische Gesundheitsschäden wie Krebs, Fortpflanzungsstörungen oder Hormonstörungen möglich. ARfD und ADI sind toxikologische Basisdaten, die verbindlich bei der Grenzwertfestlegung berücksichtigt werden müssen.

"Die EU-Kommission ignoriert ihre eigenen Sicherheitsstandards", sagt Kallee. "Das ist ein Skandal. Greenpeace empfiehlt Verbrauchern, die Pestizide im Essen vermeiden wollen, Bio-Lebensmittel zu kaufen. Bei deren Produktion dürfen chemische Pestizide nicht eingesetzt werden."

Die Greenpeace-Studie stützt auch die von der Umweltorganisationen PAN Europe vor dem europäischen Gerichtshof eingereichte Klage gegen die EU-Kommission. Die Behörde hatte zuvor einen Antrag von PAN auf eine Überarbeitung der unsicheren Pestizid-Grenzwerte abgelehnt.

Die Greenpeace-Studie "Die unsicheren Pestizid-Höchstmengen der EU", finden Sie auf [www.greenpeace.de](http://www.greenpeace.de), Informationen über die Klage von PAN Europe ebenfalls im Internet: [www.pan-europe.info](http://www.pan-europe.info).

Originaltext: Greenpeace e.V.  
Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/6343>  
Pressemappe via RSS : [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_6343.rss2](http://www.presseportal.de/rss/pm_6343.rss2)

\*\*\*

Pressemittelung des Industrieverband Agrar e.V. zur neuen Gesetzeslage: 28.08.08  
**Neue Grenzwerte - weiterhin hohe Lebensmittelqualität / Europa harmonisiert Rückstandshöchstgehalte für Pflanzenschutzmittel**

Frankfurt/Main (ots) - Am kommenden Montag (1. September) treten in Europa für viele Lebensmittel einheitliche Rückstandshöchstgehalte für Pflanzenschutzmittel in Kraft. "Der Industrieverband Agrar e. V. (IVA) begrüßt die Harmonisierung", erklärt dazu Hauptgeschäftsführer Volker Koch-Achelpöhlner. "Sie erleichtert den Handel innerhalb der EU. Für den Verbraucher schafft sie mehr Transparenz und in allen Mitgliedstaaten ein gleichermaßen hohes Sicherheitsniveau." ...

Digitale Pressemappe: <http://www.presseportal.de/pm/16070>  
Pressemappe via RSS : [http://www.presseportal.de/rss/pm\\_16070.rss2](http://www.presseportal.de/rss/pm_16070.rss2) [www.iva.de](http://www.iva.de)

Anmerkung Scherrmann:  
Klar, dass die Industrie eine andere Sicht und eine andere Einstellung hat.  
Dass Gesetze von der Industrie beeinflusst werden, zeigt dieses Beispiel sehr deutlich.

\*\*\*

Von Greenpeace 21.08.08  
**Obst und Gemüse mit illegalen Pestiziden gespritzt / Greenpeace-Studie: Verbraucherbehörde verheimlicht verbotene Agrargifte im Essen**

Hamburg (ots) - Deutsches Obst, Gemüse und Getreide ist häufig mit illegalen und besonders gesundheitsschädlichen Pestiziden belastet. Dies geht aus einer Untersuchung von Greenpeace hervor, die auf Daten des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) basiert. Neun Prozent (199 von 2176 Proben) der im Jahr 2006 behördlich nachgewiesenen Pestizide haben in Deutschland keine Zulassung. Die meisten illegalen Pestizide befanden sich in frischen Kräutern und Himbeeren (18 Prozent der Proben), gefolgt von Feldsalat, Birnen, Rucola und Johannisbeeren (6 bis 8 Prozent der Proben). Greenpeace hat die im Frühjahr 2008 veröffentlichten Daten ausgewertet, da das BVL seine Analysen nicht selbst auf illegale Pestizide überprüft.



















